



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 215 -

Kiel, 8. März 2012  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*88. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 7. März 2012,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen **Bericht des Innenministers zu Feststellungen über legalen Waffenbesitz bei Mitgliedern sog. „Outlaw-Rockergruppen“ sowie zu Verbindungen von Rockergruppen oder deren Mitgliedern zur rechtsradikalen Szene** auf Antrag des Abg. Dr. Dolgner, [Umdruck 17/3730](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Er ließ sich außerdem vom Innenministerium über das **Thema „Aufwendungen der Kreistagsfraktionen für Öffentlichkeitsarbeit“** auf Antrag der Abg. Strehlau, [Umdruck 17/3675](#), informieren. Es schloss sich eine kurze Aussprache an.

Im Zusammenhang mit den Beratungen über die Vorlagen zur Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften zogen die antragstellenden Fraktionen jeweils ihre Gesetzentwürfe zur **Änderung der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1000](#), und zur **Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1256](#) (neu), zurück. Die Ausschussmitglieder kamen überein, zu den übrigen Vorlagen, [Drucksachen 17/1335](#), [17/966](#) (neu) - 2. Fassung, [Drucksache 17/967](#) (neu), 17/1291, 17/1660, 17/1663 und 17/1693, die Beratungen in ihrer Sitzung am 14. März 2012 abzuschließen und dem Landtag zu seiner März-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Die Beratungen zum **Landesentwicklungsgrundsatzgesetz**, [Drucksache 17/1359](#), und zum Gesetzentwurf zur **Änderung landesplanungsrechtlicher Vorschriften**, [Drucksache 17/2048](#), sollen ebenfalls in der Sitzung am 14. März 2012 fortgesetzt werden.

Folgende Punkt wurden für die Sitzung am 14. März 2012 zur abschließenden Beratung und eine Beschlussfassung für die März-Tagung des Landtages vorgesehen:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2151](#)

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2152](#)
- **Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Therapieunterbringung in Schleswig-Holstein - Therapieunterbringungsvollzugsgesetz - (ThUVollzG) sowie Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/2191](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Veranstaltung von digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Digitalradio-Staatsvertrag)**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2229](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2219](#)

Die Ausschussmitglieder kamen überein, ihren in der vorherigen Sitzung gefassten Beschluss, zum **Staatsvertrag** im Zusammenhang mit der **Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg**, Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 17/2219](#), eine schriftliche Anhörung durchzuführen, zurückzunehmen.

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine schriftliche Stellungnahme zu den im Anhörungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP für eine **Therapieunterbringungsvollzugsgesetz**, [Drucksache 17/2191](#).

Für folgende Vorlagen wurde die weitere Beratung in der Sitzung am 28. März 2012 vorgesehen:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Regelung eines Beteiligungs- und Kostenfolgeabschätzungsverfahrens nach Artikel 49 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/2150](#)
- **Netzneutralität in Europa sichern**  
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE  
[Drucksache 17/1278](#) (neu)
- **Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
[Drucksache 17/1354](#)
- **Optionszwang abschaffen**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - [Drucksache 17/253](#)  
Änderungsantrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/286](#)

- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung**  
Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - [Drucksache 17/1979](#)
- b) **Einsetzung eines Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg**  
Antrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1894](#)
- c) **Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt - Für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg - Schleswig-Holstein**  
Antrag der Fraktion der SPD - [Drucksache 17/1893](#)  
Änderungsantrag der Fraktion des SSW - [Drucksache 17/1993](#)
- a) **Entwurf eines Gesetzes der Volksinitiative „Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen“**  
Gesetzentwurf der Volksinitiative - [Drucksache 17/2240](#)
- b) **Volksinitiative „Für Volksentscheide ins Grundgesetz“**  
Antrag der Volksinitiative - [Drucksache 17/2239](#)

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Änderung des **Landesverwaltungsgesetzes**, [Drucksache 17/94](#), wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Thema **Spielhallengesetz** ab. In der Abstimmung über die Vorlagen im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen**, [Drucksache 17/1934](#), wurde zunächst der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Umdruck 17/3583](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt. Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Umdruck 17/3712](#), wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen. In der Schlussabstimmung empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW dem federführenden Wirtschaftsausschuss, dem Landtag die Annahme des geänderten Gesetzentwurfs der Landesregierung, [Drucksache 17/1934](#).

Zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, **Neuregulierung des Glücksspiels: Für ein schleswig-holsteinisches Spielhallengesetz und eine Verschärfung der Spielverordnung**, [Drucksache 17/1591](#) (neu), empfahl der Ausschuss zunächst in Übereinstimmung mit den antragstellenden Fraktionen dem Landtag, die Nummer 1 des Antrags für erledigt zu erklären. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW empfahl er dem Landtag außerdem, die Nummer 2 des Antrags abzulehnen.

Vor dem Hintergrund der erfolgten Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen**, [Drucksache 17/1934](#), empfahl er dem Landtag in Übereinstimmung mit den antragstellenden Fraktionen, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, **Eckpunkte für ein Spielhallengesetz**, [Drucksache 17/1807](#) (neu), für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss nahm den **3. Opferschutzbericht für Schleswig-Holstein** der Landesregierung, [Drucksache 17/1937](#), abschließend zur Kenntnis.

Vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums der anderen beteiligten Ausschüsse empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag, den Bericht der Enquetekommission, **Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation**, [Drucksache 17/2230](#), zur Kenntnis zu nehmen. Er bat außerdem das Innenministerium, das Justizministerium und die Staatskanzlei, in der Sitzung des Ausschusses am 28. März 2012 eine Einschätzung zu dem vorgelegten Bericht der Enquetekommission abzugeben.

Er schloss seine Beratungen zu den Vorlagen zum Thema „**Offenlegungspflichten von Abgeordneten**“ ab. Jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfahl er dem Landtag die Ablehnung der folgenden Gesetzentwürfe und Anträge:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetzes)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SSW und SPD - [Drucksache 17/402](#) (neu)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Schleswig-Holsteinisches Abgeordnetengesetz - SH AbgG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SSW und SPD - [Drucksache 17/404](#) (neu)

**c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landesbeamtengesetz - LBG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SSW und SPD - [Drucksache 17/405](#) (neu)

**d) Transparenz bei Abgeordnetenverhalten sicherstellen**

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SSW und SPD  
[Drucksache 17/403](#) (neu)

Schluss: 15:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder